

Die Renten sind unsicher

Von Gerd Roellecke

Was soll der Staat dagegen tun? Eine Tagung über die Folgenlosigkeit der Krise.

(...) Darum bemühte sich die achte Jahreskonferenz des "Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und demographischer Wandel - MEA", die den "Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Ersparnisbildung und Altersvorsorge" gewidmet war. Das Thema erklärt die auffallend hohe Zahl älterer junger Leute unter den Teilnehmern. Sie kamen von Versicherungsunternehmen, die wissen wollten, mit welchen Geschäften sie künftig rechnen müssen. (...)

(...) Am Nachmittag stellte das Institut eigene Forschungsergebnisse vor. Nach Wolfgang Kuhle verknappt der demographische Wandel die Arbeit, weil die Zahl der Erwerbspersonen im Verhältnis zur Zahl der Konsumenten zurückgeht. Deshalb wird Arbeit relativ teurer, Kapital relativ billiger. Arbeit ist aber nicht nur der wichtigste Produktionsfaktor unserer Volkswirtschaft, sie ist zugleich eine unsichere Anlage im Vergleich zum Kapital. Da ältere Menschen sichere Anlagen vorziehen, wird die Kapitalrendite sinken.

Michael Ziegelmeyer verblüffte mit einer genauen Analyse der Betroffenheit privater Haushalte. Etwa achtzig Prozent sind nicht betroffen, und sechzig Prozent reagieren nicht auf die Krise. Natürlich haben Haushalte mit dem größten Vermögen die größten Verluste. Wo nichts ist, kann der Pleitegeier nichts holen. Insgesamt halten sich die Verluste aber in Grenzen. Man sah sofort das Problem: Es ist Krise, und keiner geht hin. Was soll die Politik tun? Man kann freilich auch über die soziale Sicherung staunen. Niemand steuert sie, und doch hält sie. (...)

Zum Schluss zeichnete Axel Börsch-Supan, Direktor des Mannheimer Instituts, mit wenigen markanten Strichen ein klares Bild der Lage. Altersvorsorge ist konjunkturrempfindlich. Das Kapitaldeckungsverfahren wie bei Privatversicherungen bietet keine wesentlichen Vorteile im Vergleich zum Umlageverfahren wie bei der gesetzlichen Rentenversicherung. Der Produktionsausfall, den eine Finanzkrise bewirkt, betrifft alle Renten. Eine Bestandsgarantie für Renten kann Vermögenseinbußen nicht verhindern. Sie ist Augenwischerei. Schlussfolgerung:

Wer etwas für die Erhaltung seiner Rente tun will, empört sich nicht über Vorstandsgehälter, sondern trägt das Seine dazu bei, dass die Wirtschaft unter Dampf bleibt.

Dieser Artikel erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 3. Dezember 2009.